

GRG 21, Schulschiff „Bertha von Suttner“: Stellungnahme zum Entwurf des neuen LehrerInnendienstrechts

Die TeilnehmerInnen der Dienststellenversammlung des GRG 21, Schulschiff „Bertha von Suttner“ vom 16. September 2013 lehnen den Entwurf des neuen LehrerInnendienstrechts entschieden ab, weil es sich dabei um ein massives Sparpaket zu Lasten der zukünftigen Kolleginnen und Kollegen handelt. Im AHS-Bereich würde das neue Dienstrecht zu einer massiven Ausdehnung der Arbeitszeit führen, während die Lebensverdienstsumme deutlich gekürzt wird. Mehr arbeiten für weniger Geld – so muss die zentrale Auswirkung dieses Entwurfes zusammengefasst werden.

Darüber hinaus wird das geplante LehrerInnendienstrecht Auswirkungen auch auf die nach altem Dienstrecht Beschäftigten haben, ist doch kaum vorstellbar und auch nicht zumutbar, derart gravierende Unterschiede in Arbeitsbedingungen und Entlohnung über einen längeren Zeitraum aufrechtzuerhalten. Das Arbeitsklima wird dadurch großen Belastungen ausgesetzt.

Zudem bedeuten diese Einsparungen natürlich auch, dass jeder Lehrer / jede Lehrerin im AHS-Bereich mehr SchülerInnen betreuen müssen. Dass dies zu einer Verschlechterung der pädagogischen Qualität führen wird, liegt auf der Hand. Dies geht in die falsche Richtung. Vielmehr sollten Änderungen in der schulischen Praxis in eine Richtung gehen, die die Relation zwischen LehrerInnen und SchülerInnen verringert. Der einzelne Lehrer / die einzelne Lehrerin sollte weniger SchülerInnen als gegenwärtig zu betreuen haben und derart in der Lage sein, persönlicher auf die Einzelnen einzugehen und sie individueller zu fördern.

Das geplante neue Dienstrecht beinhaltet eine große Anzahl weiterer Verschlechterungen, z.B. in der sogenannten Induktionsphase oder bzgl. der Streichung der Bezahlung verschiedenster Zusatztätigkeiten wie der Kustodiate.

Jede ernsthaft agierende Gewerkschaft muss einen solchen Entwurf ablehnen. Es steht auch zu befürchten, dass ein derartiger Angriff auf die Arbeitsbedingungen der LehrerInnen, so dieser erfolgreich sein würde, von der Regierung geradezu als Einladung zu weiteren Verschlechterungen in anderen Sparten des öffentlichen Dienstes angesehen würde.

Wir begrüßen die Ablehnung des Entwurfs durch die fünf LehrerInnengewerkschaften in der GÖD. Zugleich fordern wir diese und die gesamte GÖD dazu auf, gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen gegen diesen Angriff der Bundesregierung auf die Arbeitsbedingungen der LehrerInnen zu ergreifen. Als erster Schritt könnte bereits in den nächsten Wochen in einer Urabstimmung die Streikbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen abgefragt werden.

Beschlossen auf der Dienststellenversammlung am GRG 21, Schulschiff „Bertha von Suttner“ am 16. September 2013; Ergebnis: einstimmig

Mag.^a Judith Bachmann

(Vorsitzende des DA)

Mag. Wolfgang Meidl

(Vorsitzender des GBA)